Brigitte Baumeister
Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
der CDU/CSU-Fraktion

53113 Bonn
Bundeshaus
Tel. 02 28/1 68 75 54
Fax 02 28/1 68 65 54

71032 Böblingen
Reiherweg 38
Tel. 0 70 31/28 91 48
Fax 0 70 31/28 95 64

F. Bohl
F.B.
anrufen!

24. MÄRZ 1994

Herrn
Parteivorsitzenden
Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB
Bundeskanzleramt

53113 Bonn

Bonn, den 22. März 1994

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

aufgrund der Gespräche, die ich auf der CeBIT in Hannover geführt habe, hat sich der Eindruck bei mir verstärkt, daß die wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor schwierig ist. Erste Anzeichen einer konjunkturellen Besserung zeigen sich zwar in einzelnen Branchen, insgesamt sind die Wachstumskräfte jedoch noch sehr schwach.
Die wirtschaftliche Entwicklung und die damit verbundene Arbeitsplatzsicherung werden im Wahljahr 1994 vorrangige Themen im Wahlkampf sein.
Es gilt, nicht nur die Inlandsnachfrage, sondern auch den Verkauf unserer Produkte in das Ausland zu unterstützen. Unsere stark exportorientierte deutsche Industrie bemüht sich derzeit mit viel Energie, auch aus dem Ausland Aufträge hereinzuholen.
Dabei werden neben anderen Industrieprodukten auch sogenannte "non-offensiv" Systeme aus dem Rüstungsbereich nachgefragt.
So hat die Republik China (Taiwan) in den letzten Monaten ihr besonderes Interesse gezeigt, den Hochgeschwindigkeitszug ICE im Rahmen der Modernisierung des Schienennetzes zu erwerben.
Gleichzeitig hat Taiwan jedoch auch den Wunsch geäußert, eine größere Anzahl von gepanzerten Mannschaftstransportfahrzeugen des Typs TPz 1 6x6 FUCHS anzuschaffen, und auch im Bereich des Marineschiffbaus gibt es schon

Brigitte Baumeister
Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
der CDU/CSU-Fraktion

25.3.

F. B.
F. B.
anrufen

Herrn Kretschmer
bitte Frau Baumeister* anrufen, daß ich Sie erst nach meiner Rückkehr aus dem Urlaub anrufen kann; falls sie es für zwingend hält, mich im Urlaub anzurufen, dann soll sie es tun! Vielen Dank!
+ auch Herrn Schomack B. ha

Herrn
Parteivorsitzenden
Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB
Bundeskanzleramt

53113 Bonn

Ich habe Frau Baumeister und H. Schomack entspr. unterrichtet. Frau B. beabsichtigt nicht, Sie im Urlaub anzurufen, wäre jedoch für Ihren Anruf im Anschluß daran dankbar.

Kr 28/3.

den 22. März 1994

geführt habe, hat
tuation in der
e Anzeichen einer
nchen, insgesamt
sind die Wachstumskräfte jedoch noch sehr schwach.
Die wirtschaftliche Entwicklung und die damit verbundene Arbeitsplatzsicherung werden im Wahljahr 1994 vorrangige Themen im Wahlkampf sein.
Es gilt, nicht nur die Inlandsnachfrage, sondern auch den Verkauf unserer Produkte in das Ausland zu unterstützen. Unsere stark exportorientierte deutsche Industrie bemüht sich derzeit mit viel Energie, auch aus dem Ausland Aufträge hereinzuholen.
Dabei werden neben anderen Industrieprodukten auch sogenannte "non-offensiv" Systeme aus dem Rüstungsbereich nachgefragt.
So hat die Republik China (Taiwan) in den letzten Monaten ihr besonderes Interesse gezeigt, den Hochgeschwindigkeitszug ICE im Rahmen der Modernisierung des Schienennetzes zu erwerben.
Gleichzeitig hat Taiwan jedoch auch den Wunsch geäußert, eine größere Anzahl von gepanzerten Mannschaftstransportfahrzeugen des Typs TPz 1 6x6 FUCHS anzuschaffen, und auch im Bereich des Marineschiffbaus gibt es schon

seit längerem den Wunsch, moderne U-Boote des Typs 209 des deutschen Marineschiffbau-Konsortiums zu kaufen.

Insgesamt beläuft sich das Auftragsvolumen für deutsche Unternehmen auf ca. DM 10,2 Mrd.
Die Einzelheiten dieser Aufträge sind in dem anliegenden Vermerk zusammengefaßt.
Besonders hervorzuheben ist die Tatsache, daß alle Aufträge nicht erst zum Ende dieses Jahrzehntes umgesetzt würden, sondern der Arbeitsanfall bereits 1994 und 1995 entstehen würde. Das heißt, daß gerade in der derzeit noch zögerlichen Anlaufphase eines sich abzeichnenden wirtschaftlichen Wachstums solche Aufträge den Markt positiv stimulieren würden.
Nicht nur der Hochgeschwindigkeitszug ICE, sondern auch die beiden übrigen Projekte werden in Zusammenarbeit vieler bekannter deutscher Unternehmen gefertigt. Sowohl die stahlverarbeitende wie auch die Werftindustrie würden von diesen Aufträgen besonders profitieren. Dies gilt besonders im Hinblick auf die Werftensituation in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein.
Hinzu kommt, daß das gepanzerte Mannschaftstransportfahrzeug FUCHS derzeit zu den bei UNO-Einsätzen besonders erfolgreich eingesetzten Transportmitteln gehört. Auch im Golf-Krieg hat sich dieses Fahrzeug bewährt und gilt als beste Alternative auch für zukünftige Einsätze. Hier hat die deutsche Wirtschaft ein Produkt anzubieten, das einen defensiven Charakter besitzt und gleichzeitig moderne Technologie verkörpert.
Bei dem Bau der U-Boote sind die USA wie auch Frankreich stark an einer Kooperation mit dem deutschen Schiffbaukonsortium interessiert. Auch die Türkei und Indonesien haben jüngst ihr Interesse an einer Kooperation bei diesem Auftrag angeboten. Der U-Boot-Bau würde also in drei Fällen mit NATO-Partnern erfolgen.
Ich halte es aus ökonomischen wie auch politischen Gründen daher für richtig, wenn die Bundesregierung sich zu einer Genehmigung der Ausfuhr des Transportfahrzeugs TPz 1 FUCHS entschließen könnte. Darüber hinaus wäre es auch wünschenswert, im Hinblick auf den Kauf von 10 U-Booten ein positives Signal zu geben, auch wenn eine Genehmigung erst später erteilt würde.

Die betroffenen Arbeitnehmer in den Industrieunternehmen würden eine solche Entscheidung sicherlich begrüßen, zumal damit auch in Niedersachsen seitens der CDU ein Zeichen gesetzt werden könnte.

Vom zeitlichen Rahmen her besteht das Problem, daß die Regierung von Taiwan bis Ende März 1994 von den deutschen Unternehmen ein deutliches Signal erwartet, ob sie diese Aufträge auch mit den entsprechenden Ausfuhrgenehmigungen übernehmen können.

Mit freundlichen Grüßen

Brigitte Baumeister

Anlage

Kaufabsichten der Republik China (Taiwan)

Die Republik China (im folgenden: Taiwan) hat ihr Interesse bekundet, den *Hochgeschwindigkeitszug ICE* der deutschen Gruppe AEG-Siemens für die Modernisierung und den Ausbau des Schienenverkehrs zu erwerben. Für dieses Vorhaben ist auch eine mögliche Zusammenarbeit mit dem französischen Konzern Alcatel Alsthom (TGV) bei dem Aufbau der Infrastruktur für den Hochgeschwindigkeitszug von taiwanesischer Seite mit in die Überlegungen einbezogen worden. Darüber hinaus ist Siemens auf dem Gebiet der *Energieerzeugung* bei dem Großprojekt Hsinta engagiert.

Gleichzeitig hat Taiwan nochmals sein besonderes Interesse geäußert, darüber hinaus insgesamt 1000 *gepanzerte Mannschaftstransportfahrzeuge* des Typs TPz 1 6x6 FUCHS der Firma Thyssen Henschel anzuschaffen sowie insgesamt 10 *U-Boote* des Typs 209 des deutschen Marineschiffbau-Konsortiums (Ferrostaal/Howaldtswerke-Deutsche Werft/Blohm & Voss/Thyssen-Nordseewerke/Thyssen-Rheinstahl-Technik) für den Küstenschutz zu kaufen.

Das Gesamtauftragsvolumen dieser Aufträge für deutsche Unternehmen liegt bei ca. DM 10,2 Mrd.

Taiwan hat angedeutet, daß es die drei Bestellungen als eine große Auftragsvergabe an die Bundesrepublik Deutschland bzw. deutsche Unternehmen betrachtet und deshalb endgültige Bestellungen erst erfolgen werden, wenn für alle Produkte die jeweils notwendigen Voraussetzungen, insbesondere die erforderlichen Genehmigungen, seitens der offiziellen Stellen der Bundesregierung vorliegen.

Die Durchführung dieser Aufträge würde vor dem Hintergrund der derzeitigen wirtschaftlichen Lage die Situation in den betroffenen Wirtschaftsbereichen deutlich verbessern.

Besonders hervorzuheben ist, daß die Produktion für diese Aufträge unmittelbar nach Vertragsunterzeichnung beginnen würde. Diese würde damit in eine Zeit fallen, in der ein Anreiz für wirtschaftlichen Aufschwung besonders willkommen wäre.

Mit diesen Aufträgen würde der Industriestandort Deutschland wirtschaftspolitisch wieder Auftrieb erhalten.

Arbeitsmarktpolitisch wirken sich die Aufträge insbesondere bei den Werften, aber auch bei der Eisen- und Stahl verarbeitenden Industrie sowie im Elektronikbereich positiv aus. Allein Thyssen Henschel müßte die bereits vorgesehenen Personalabbaumaßnahmen nicht vollziehen und auch keinen weiteren Kapazitätsabbau vorantreiben. In entsprechendem Umfang würde auch der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit entlastet.

Außenpolitisch würden Probleme allenfalls mit Rot-China entstehen können. Bei dem gepanzerten Mannschaftstransportfahrzeug TPz 1 handelt es sich nicht um ein

Kampffahrzeug. Es stellt auch kein zusätzliches neues Bedrohungspotential für Rot-China dar.
Die U-Boote werden von der französischen Regierung - trotz der Erklärung von Ministerpräsident Balladur, künftig keine Waffen mehr an Taiwan zu liefern - nicht als "offensiv-system" angesehen, die künftig nicht mehr ausgeliefert werden sollen, so daß die beabsichtigte Kooperation mit dem deutschen Marineschiffbau-Konsortium von Frankreich unterstützt würde.
Durch Kooperationsverträge wie beim Bau des Hochgeschwindigkeitszuges oder den U-Booten würde die Flexibilität und Leistungsfähigkeit der deutschen Unternehmen deutlich nach außen unter Beweis gestellt. Dies würden positive Signale für Folgeaufträge und weitere Geschäfte in anderen Bereichen setzen.

Die deutschen Firmen haben **bis spätestens 31.03.1994 ein Optionsrecht** eingeräumt erhalten. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen auch die erforderlichen Genehmigungen für die Ausfuhr dieser Produkte vorliegen.
Diese Angelegenheit ist daher eilbedürftig.

1. Hochgeschwindigkeitszug ICE

Taiwan möchte den Hochgeschwindigkeitszug ICE der deutschen Firmen-Gruppe AEG-Siemens erwerben. Geplant ist zunächst das Schnellbahnprojekt Taipei - Kaohsiung. Neben dem Bau des dafür erforderlichen neuen Schienennetzes mit 350 Km Länge sollen 45 Züge des ICE angeschafft werden. Die Gesamtinvestitionskosten belaufen sich auf ca. DM 28 Mrd., wobei der **Importanteil (nicht-taiwanesischer Anteil) auf ca. DM 3 bis 4 Mrd.** geschätzt wird. Allein die 45 Züge haben einen Auftragswert von DM 2,8 Mrd.
Das Projekt soll bis 2003 fertiggestellt werden, die Ausschreibung 1994 erfolgen.
Konkurrenten sind die Franzosen (TGV) sowie die Japaner.
Bei ersten Kontaktaufnahmen zeigte sich Taiwan auch daran interessiert, die Infrastruktur bei dem französischen Hersteller Alcatel Alsthom zu bestellen, die Zugeinheiten jedoch bei AEG-Siemens zu erwerben. Derzeit präferiert Taiwan wohl eine Kooperation zwischen der deutschen Gruppe AEG-Siemens und dem französischen Alcatel Alsthom Konzern als die aus seiner Sicht bester Lösung. AEG-Siemens wären zu einer Zusammenarbeit mit Alcatel Alsthom grundsätzlich bereit.

2. Gepanzertes Mannschaftstransportfahrzeug

Taiwan möchte zudem 1000 gepanzerte Mannschaftstransportfahrzeuge des Typs TPz 1 6x6 FUCHS der Firma Thyssen Henschel erwerben.
Die zuständige Stelle in Taiwan hat dieses gepanzerte Mannschaftstransportfahrzeug nach Prüfung verschiedener ausländischer Hersteller als beste Alternative bewertet und als Nummer 1 ihrer Wahl festgesetzt.
Die erste Tranche von 246 Einheiten soll vom Hersteller direkt bezogen werden. Die restlichen 750 Stück sollen dann im Wege eines Technology/Know-How-Transfers in Taiwan gefertigt werden.
Taiwan will mit den konkreten Vertragsverhandlungen Mitte 1994 beginnen, so daß mit einem Vertragsabschluß im August/September 1994 gerechnet werden kann.
Diese Vertragsverhandlungen werden von taiwanesischer Seite allerdings nur aufgenommen, wenn zuvor alle entsprechenden Genehmigungen für den Vollzug eines solchen Vertrages vorliegen.
In Taiwan besteht die Vorstellung, im Hinblick auf die Ausbildung des Bedienungspersonals für den TPz 1 und der Dokumentation parallel mit der Auftragsvergabe zu beginnen. Es ist vorgesehen, insgesamt ca. 80 bis 100 Offiziere im turnusmässigen Rhythmus im Zeitraum von 1 Jahr in Deutschland auszubilden.
Da der TPz 1 auf deutschen Baugruppen basiert, werden alle Baugruppenkomponenten und -teile aus der ganzen Bundesrepublik zugeliefert. Wesentliche Unterlieferanten sind u. a. Mercedes Benz, ZF, Behr, Draeger & Piller, Deugra und Vorwerk. Aus diesem Grund erfolgt die Ausbildung des Bedienungspersonals notwendigerweise auch bei den wesentlichen Unterlieferanten.
Die erste Tranche von 246 Fahrzeugen in der Mannschaftstransportversion soll bis Ende 1996 ausgeliefert sein, also ca. 27 Monate nach Auftragsschluß. Da bei Thyssen Henschel mit einem Vorlauf von ca. 10 Monaten bis Montagebeginn gerechnet wird, verbleiben ca. 15 Monate, um diese 246 Einheiten fertigzustellen und zeitgerecht auszuliefern.
Für die restlichen 750 Fahrzeuge will Taiwan bis zum Jahr 2000 für die dortige Montage die Bausätze aus Deutschland geliefert haben. Der Beginn der Auslieferung soll vor Auslaufen der Phase 1, also bereits Ende 1995 erfolgen.

Dieser Auftrag hat ein **Gesamtvolumen von insgesamt über DM 2 Mrd, das zu 100 % in Deutschland** erbracht wird. Gleichzeitig werden damit insgesamt ca. **8.320 Mannjahre** bei der Fertigung anfallen, bei über 2000 Beschäftigten für einen Zeitraum von 4 bis 5 Jahren.
Bei dem gepanzerten Mannschaftstransportfahrzeug TPz 1 6x6 FUCHS handelt es sich ausschließlich um ein Fahrzeug für den gesicherten Transport von Mannschaften. Daher ist auch die Bezeichnung als Kampffahrzeug nicht zutreffend. Der TPz 1 gilt in Fachkreisen als ausgereift und hat exzellente Referenzen weltweit (u.a. Bewährung im Desert Storm und jüngst bei UN-Einsätzen der Deutschen in Somalia). Da dieses Fahrzeug besonders für UN-Einsätze geeignet ist, würde ein solcher Auftrag auch Signalwirkung für andere Nationen haben. Dieses Fahrzeug stellt im Hinblick auf Rot-China auch kein weiteres Bedrohungspotential dar.
Der Auftrag Taiwans würde nicht nur eine deutliche Verbesserung der Arbeitsplatzsicherung bei Thyssen Henschel darstellen, sondern sich auch in erheblichem Umfang bei den Hauptunterlieferanten und Kooperationspartnern auswirken. Wenn der Exportauftrag hereingenommen wird, müßten die bereits bei Thyssen Henschel vorgesehenen Personalabbaumaßnahmen nicht vollzogen werden und auch ein weiterer Abbau wäre nicht mehr erforderlich.

3. Marineschiffe

Taiwan will für seinen Küstenschutz 10 neue, moderne und für diesen Zweck ausgerüstete U-Boote erwerben. Nach Prüfung verschiedener Typen hat sich Taiwan als 1. Wahl für das deutsche U-Boot des Typs 209 entschieden, möchte diese aber in Kooperation entweder mit Frankreich, oder den USA gebaut wissen. Als Kooperationspartner kommen auch die Türkei oder Indonesien in Betracht. Hier hat Taiwan noch keine Entscheidung getroffen.
Der Auftrag kann - wie die unter 1. und 2. beschriebenen Lieferungen - erst dann konkret ausgehandelt werden, wenn zuvor die entsprechenden Genehmigungen erteilt worden sind.
Frankreich ist ebenso wie die USA daran interessiert, mit dem deutschen Marineschiffbau-Konsortium zusammenzuarbeiten. Auch der von Frankreich erst kürzlich erklärte Stop der Lieferungen von Kriegswaffen würde einer Kooperation nicht entgegenstehen, da der von den Franzosen ausgesprochene Lieferstop nur Offensiv-Waffensysteme betrifft. U-Boote gelten jedoch als "non-offensive".

Der Auftrag soll in zwei Tranchen abgewickelt werden: Für 6 Einheiten soll sofort der Auftrag erteilt werden, für die übrigen 4 Einheiten soll eine Option vereinbart werden mit dem Ziel, den Bau 1 Jahr später zu beginnen. 5 Einheiten sollen in Kiel, die übrigen 5 Einheiten in Emden gebaut werden.

Insgesamt hat der Auftrag ein **Volumen von ca. DM 6 Mrd.,** je nach Ausrüstung der Einheiten. Durch die Auftragshereinnahme würde eine Beschäftigung der mit dem Bau beauftragten Werften für fünf Jahre gesichert. Die Wertschöpfung für Deutschland würde ca. 50% betragen. Die übrigen ca. 50% der Wertschöpfung würden bei einer Kooperation entweder mit französischen oder amerikanischen Firmen in das jeweilige Land fließen.

Beim Schiffsbau finanzieren in den deutschen Großwerften derzeit 30% Marineschiffbau 70% des verlustbringenden Handelsschiffsbau. Durch den Bau der 10 U-Boot-Einheiten des Typs 209 würde gleichzeitig die Gesamtlage der Werften verbessert, was sich auf den Wirtschaftsraum dieser strukturschwachen Gebiete ebenfalls positiv auswirken würde.

DER BUNDESMINISTER
DES AUSWÄRTIGEN

Bonn, 2. Januar 1995

An den
Bundesminister für
besondere Aufgaben und
Chef des Bundeskanzleramts
Herrn Friedrich Bohl
Adenauerallee 139 - 141

53113 Bonn

Lh 4/1
04. Jan. 95

Lieber Herr Bohl!

Sie hatten mich kurz vor Weihnachten gebeten, die Genehmigungsaussichten für einen Export nach Taiwan von ABC-Spürfahrzeugen und Infanteriefahrzeugen der Fa. Thyssen Henschel zu prüfen.

Es handelt sich bei beiden in Frage stehenden Fahrzeugen um Kriegswaffen. Gemäß unserer Genehmigungspolitik gegenüber Taiwan kann Exporten von Kriegswaffen nicht zugestimmt werden. Es existieren keine Präzedenzfälle für derartige Lieferungen oder überhaupt für Lieferungen von Kriegswaffen nach Taiwan.

Auch die vorgesehene Streichung Taiwans von der Länderliste H führt lediglich zu Lockerungen bei Dual-Use-Güterexporten, nicht jedoch bei Kriegswaffenexporten. Hier bleibt es bei unserer restriktiven Haltung.

Auch Rüstungsgüter mit ABC-Bezug sind nicht genehmigungsfähig. Was die von Ihnen erwähnten Lieferungen von ABC-Spürfahrzeugen an die USA, Großbritannien und Israel angeht, so standen diese in engem Zusammenhang mit einem akut drohenden CW-Angriff durch den Irak, insbesondere auf Israel. Diese Exporte können wir nicht als Präzedenzen für die Genehmigung der Lieferung solcher Fahrzeuge nach Taiwan heranziehen.

Ich kann Ihnen leider keine positivere Antwort geben. Die Lage ist eindeutig.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Kinkel

CHRL 1/5/94

Januar 1995

Betr.: Projektsituation
Küstenschutzboote für die Malaysische Marine (RMN)

Die Firmen Blohm + Voss AG (B+V), Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW), Thyssen Rheinstahl Technik GmbH (TRT) und Ferrostaal AG (FS) arbeiten als German Naval Group (GNG) in Malaysia, federführend vertreten durch Blohm + Voss (B+V) und Thyssen Rheinstahl Technik (TRT).

Ziel der gemeinsamen Bemühungen ist es, auf der Marinewerft in Lumut Küstenschutzboote zu bauen, mit Materialpaketen und unter technischer Assistenz aus Deutschland. Zur Absicherung des Programms sollen vorher ein bis zwei Schiffe in Deutschland gebaut werden. Das langfristige Programm der Malaysier sieht den Bau von bis zu 27 Schiffen über ca. 15 Jahre verteilt, vor.

Hauptaufgabe der Küstenschutzboote ist die Überwachung und Kontrolle der malaysischen Hoheitsgewässer, Gewässerkontrolle und -schutz, Unterbindung des Drogenhandels und des Piratenunwesens.

Eine weitere Aufgabe ist der Einsatz im Rahmen von Katastrophenfällen, so sollen die Schiffe alternativ mit entsprechenden Funktions-Containern zur Abdeckung vorgenannter Einsatzaufgaben ausgerüstet werden.

Für das von der malaysischen Marine geplante Programm wurde beim Bundesamt für Wirtschaft eine Voranfrage gestellt, die mit Schreiben vom 20.01.1992 positiv beschieden wurde.

Unsere Bemühungen um diesen Auftrag beinhalten u.a. Hilfestellung bei der Privatisierung der Marinewerft Lumut.

Die ex-Staatswerft NDSB wurde zwischenzeitlich durch folgende Anteilseigner privatisiert:

1.)) 40 % Penang Shipbulding (PSC)
2.) 30 % Perstima
3.) 15 % LTAT (Pensionsfond der Streitkräfte)
4.) 8 % Suria Barisan
5.) 7 % State of Perak

CHBK 1/5/94

1, 2 und 4 werden direkt oder indirekt vom Malaysischen Konzern Business Focus (Amin Shah) kontrolliert.

Das GNG Paket umfaßt die Bereitschaft zu einem umfangreichen, begleitenden "OFF-SET-Paket" in Form einer breitgestreuten Zusammenarbeit im wirtschaftlichen - und industriellen Bereich, so daß hier seitens unserer Gruppe ein weitreichendes industrielles Paket geschnürt wird, das weit über das reine Schiffsprojekt selbst hinausgeht.

Bei Realisierung des PV-Auftrages an die GNG würde eine breite Palette der deutschen mittelständischen Industrie Berücksichtigung finden, und wir erwarten im Auftragsfall eine langfristige Stimulierung und Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen der Gruppe und unserer Unterlieferanten Richtung Malaysia.

Seitens der Malaysier wird das Projekt als ein nationales Entwicklungsprojekt im Rahmen des politischen Konzeptes (Vision 2020) der Entwicklung Malaysias gesehen und behandelt.

In diesem Programm findet ein erheblicher, internationaler Wettbewerb statt (22 Werften/ Gruppierungen bemühen sich um den Vertrag), der z.B. durch Großbritannien, Holland, Frankreich, Australien, Dänemark, Schweden und Korea mit einer weitreichenden Kreditierung von Mitteln sowie breiter politische Unterstützung auf Regierungsebene gestützt wird.

Derzeitig wird ein Tenderverfahren zur Auswahl des ausländischen Partners für die angestrebte Kooperation mit der lokalen Werft NDSB bearbeitet. Abgabetermin des Tenders ist der 03.02.1995.
Das technische Angebot der GNG wird durch ein massives Program wirtschaftlicher Kooperation und "Off-Set" Aktivitäten begleitet.

Großbritannien bemüht sich auf oberster Regierungsebene intensiv und massiv, das 1988 mit Malaysia abgeschlossene Regierungsabkommen (MOU) über umfangreiche Lieferungen an die Malaysischen Streitkräfte um das PV-Projekt zu erweitern.

Frankreich und Dänemark haben den Malaysischen Premierminister, Dr. Mahatir, zum Besuch ihrer Länder und Besichtigung der jeweiligen Werften eingeladen.

Der bevorstehende Aufenthalt des malaysischen PM, Dr. Mahatir, in Dänemark im März d.J. und die Kontakte zur lokalen, polititschen Szene wird durch den Mitbewerber "Naval Team Denmark" (Konglomerat der Industrie und staatlicher Organe) zur Lobby für die Auftragsvergabe nach Dänemark genutzt werden.

Vor kurzem besuchte der Dänische Premier und der Außenminister, in Begleitung einer 30-köpfigen Industriedelegation Malaysia, um für die Auftragsvergabe nach Dänemark zu werben. Dänemark unterstützt das Projekt indirekt durch die zur Verfügungstellung von Millionenbeträgen zugunsten von Umweltprojekten in Malaysia.

Die Australische Regierung unterstützt durch massive- und energische Lobby das Bemühen der australischen Transfield Werften Gruppe den Zuschlag zu bekommen. Die Australische Regierung hat den Malaysiern angeboten das gegenwärtig anlaufende Neubauprogramm der Australischen Marine von Küstenschutzbooten unter Kupplung mit dem malaysischen PV-Programm, gemeinsam - und mit Stützung durch die Australische Regierung - zu entwickeln und zu bauen.

Der 1993-Besuch des BMWi Staatssekretärs Dr. Kolb hat den Bemühungen der GNG/deutschen Industrie um dieses Projekt Unterstützung gegeben.

Darüberhinaus hat das Schreiben des Bundeskanzlers Dr. Kohl an den Malaysischen Premierminister Dr. Mahathir ebenfalls einen wichtigen Beitrag hinzugefügt.

Die Konkurrenzsituation vor Ort, sowie die Bemühungen der Regierungen wichtiger Konkurrenzländer haben aber auch die deutliche Notwendigkeit weiterer und intensiver "Regierungsbemühungen" in Malaysia deutlich werden lassen.

Eine Einladung von Bundeskanzler Dr. Kohl an den PM, Dr. Mahatir, im Rahmen des o.g. Dänemark-Besuches auch Deutschland zu besuchen, würde einen außerordentlichen Beitrag für die Projektakquisition - nicht nur des Schiffbauprogrammes, sondern auch anderer deutscher Großprojekte in Malaysia - leisten.

Aufgrund des eindeutig mitbestimmenden polititschen Faktors bei der Auftragsvergabe ist jegliche positive Aussage und Aktion auf "Government to Government" Ebene von entscheidender Bedeutung.

(1)

Betr.: Korvetten für Südafrika

Die südafrikanische Regierung plant, um Raubfischerei und Schmuggel in den südafrikanischen Gewässern zu unterbinden, die Beschaffung von 4 Korvetten für ihre Marine.

Geplant ist, 1 bis 2 Schiffe komplett im Ausland zu kaufen und die restlichen Einheiten unter Lizenz und unter Einkauf der notwendigen Materialpakete im eigenen Lande herzustellen. Die Schiffe sollen unbewaffnet geliefert werden.

Südafrika hat den Wettbewerb auf Offerten aus Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Spanien und Deutschland konzentriert. Aus jedem dieser Staaten wurde ein Angebot entgegengenommen. Die erhaltenen Liefervorschläge werden derzeit von Südafrika ausgewertet. Das Projektvolumen liegt bei DM 700-800 Mio.

Das deutsche Konsortium bestehend aus Blohm + Voss AG, Howaldtswerke-Deutsche Werft AG und Thyssen Rheinstahl Technik GmbH, hat seine Bereitschaft erklärt, im Falle des Auftragerhaltes mit der südafrikanischen Regierung ein Gegengeschäftsabkommen abzuschließen, unter dem Industrieprodukte des Landes durch die Thyssen-Gruppe international vermarktet werden. Gleichzeitig wurde eine Beteiligung am südafrikanischen Reconstruction and Development Program (Wiederaufbauprogramm der Regierung Mandela) offeriert.

Die Wettbewerber um dieses Geschäft haben breite politische Unterstützung aus ihren Regierungen. Der englische PM John Major, Frankreichs Präsident François Mitterand und König Juan Carlos haben bei der südafrikanischen Regierung um dieses Geschäft geworben. Dänemark und England haben mit Marineverbänden südafrikanische Häfen besucht. England lockt damit, einen in Südafrika entwickelten Hubschrauber für die eigenen Streitkräfte zu beschaffen. Bei einer Vergabe des Auftrages nach Frankreich würde Südafrika von dort ein U-Boot der Daphne-Klasse als kostenlose Draufgabe erhalten.

Das deutsche Konsortium wurde aus Südafrika gefragt, ob man in der Bundesrepublik überhaupt an diesem Geschäft interessiert sei, weil politische Persönlichkeiten sich zu diesem Vorhaben bisher nicht zu Wort gemeldet haben. Der zukünftige Betreiber, die südafrikanische Marine hat den deutschen Liefervorschlag als einen der technisch besten evaluiert. Dennoch muß davon ausgegangen werden, daß über dieses Geschäft letztlich die Politik entscheidet, und daß die Persönlichkeiten, die diese Entscheidung zu treffen haben, das Umworbenwerden von höchsten Repräsentanten der anbietenden Staaten genießen.

Exportanfragen

1. *Im Bereich des Außenhandels haben deutsche Unternehmen bei Exporten von Waren, die (auch) als Rüstungsgüter angesehen werden, durch restriktive Exportbestimmungen im Verhältnis zu anderen europäischen, aber auch außereuropäischen Konkurrenzunternehmen Wettbewerbsnachteile. Unter anderem dadurch haben eine Reihe von Industriebranchen derzeit große Probleme, auch künftig die bisherigen Arbeitsplätze zu sichern und moderne Industriegüter entwickeln und herstellen zu können. Dies gilt nicht nur für die Flugzeugbau-, Raumfahrt-, Informations- und Infrastrukturtechnik, sondern auch für den Spezialfahrzeugbau. Dabei sind von den restriktiven Exportbestimmungen nicht nur die direkten Lieferunternehmen, sondern auch die Zulieferindustrie betroffen.*

2. *Die Republik China (Taiwan) möchte jetzt konkret 64 ABC-Spürfahrzeuge Tpz des deutschen Unternehmens Thyssen Henschel kaufen. Von taiwanesischer Seite liegen der Letter of Intend sowie die entsprechende Endverbleibserklärung vor.*
   Bei den zu liefernden Fahrzeugen handelt es sich um denselben Typ eines ABC-Spürfahrzeuges, den die Bundesregierung den USA (60 Fahrzeuge), England (11 Fahrzeuge) und Israel (8 Fahrzeuge) während des Golfkrieges kostenlos überlassen hat. Das Fahrzeug hat keine Bewaffnung und dient ausschließlich der Landesverteidigung zur Festellung von Gefahren im atomaren, biologischen und chemischen Bereich. Das System ist rein defensiv zum Schutz der Bevölkerung und der Soldaten ausgerichtet.
   Das ABC-Spürfahrzeug des Typs Tpz ist derzeit als Kriegswaffe eingestuft. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Bundeswehr dieses System verwendet und es damit - wie alle anderen gepanzerten Systeme der Bundeswehr - Kriegswaffe ist.

   Wie besprochen, möchte ich Sie bitten, diesen Verkauf der ABC-Spürfahrzeuge positiv zu prüfen.

3. Des weiteren wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie auch den von Taiwan beabsichtigten Kauf von Infantriefahrzeugen des Typs Tpz 1 nochmals unter der jetzigen Lage positiv prüfen und eine Genehmigung ermöglichen würden. Dazu habe ich Ihnen zuletzt am 22. März 1994 einen die Einzelheiten enthaltenen Vermerk zugeleitet.

4. Das deutsche Marineschiffbau-Konsortium will in Zusammenarbeit mit Indonesien einen Auftrag Taiwans für den Bau von U-Booten übernehmen, die Taiwan für den Küstenschutz einsetzen will.
Es ist daran gedacht, deutsche Bauteile in indonesischen Werften, die die Industrie mit deutschem Geld gebaut hat, weiter zu verarbeiten und somit zu nutzen.
Wie mir mitgeteilt wurde, wird dies vermutlich auch Inhalt des Gesprächs zwischen Ihnen und dem indonesischen Staatspräsidenten Habibi am heutigen Tage sein.
Ferner wird er Sie voraussichtlich auf eine Bewerbung eines deutschen Konsortiums unter der Führung von Ferrostaal für den Bau einer U-Bahn in Djakarta ansprechen.

In den Panzersitzung!

Bonn, den 8. Januar 1998

amtes - direkt vorgelegt -

Betr.: Stellungnahme zur Finanzierung Fregatten Türkei;
hier: ergänzende Informationen

1. Meine beigefügte Vorlage vom 18. Dezember 1997 hatten Sie bereits zur Kenntnis genommen; Ihrer mündlichen Weisung entsprechend habe ich nochmals eine vertrauliche Nachfrage im BMVg mit folgendem Ergebnis durchgeführt:

Das erst jüngst an das Bundeskanzleramt gefaxte Schreiben der „Thyssen-Rheinstahl-Technik GmbH und Blohm & Voss GmbH" (Werftenkonsortium) vom 3. Dezember 1996 ist seinerzeit auch im BMVg eingegangen. Sts Simon hat darauf mit Schreiben vom 7. Januar 1997 geantwortet und eine finanzielle Verpflichtung des BMVg für die gemäß Werftenkonsortium streitigen 50 Mio DM in Abrede gestellt. In diesem Antwortschreiben hat Sts Simon sowohl auf ein früheres Schreiben von Sts Schönbohm vom 23. April 1993 an das Werftenkonsortium als auch auf die Vereinbarung mit Sts Prof. Timmermann vom 17. Oktober 1988 hingewiesen. Daraus gehe gemäß BMVg hervor, daß das Werftenkonsortium das Risiko für den (mittlerweile) geplatzten US-R und D-Waiver von 50 Mio DM zu tragen habe.

Sts Simon hat in seinem Antwortschreiben vom 7. Januar 1997 zugleich ein Gespräch angeboten, worauf das Werftenkonsortium am 16. Juni 1997 positiv reagiert hat. In dem Gespräch hat Sts Simon nochmals deutlich gemacht, daß das Werftenkonsortium für die streitigen 50 Mio DM geradestehen müsse, da seinerzeit von den Firmen das Risiko übernommen worden sei. Für das BMVg ist damit die Sache nach meinem Eindruck rechtlich und auch finanziell erledigt.

...

2/1/98

Gruppenleiter 22

Bonn, den 8. Januar 1998

Herrn Chef des Bundeskanzleramtes

- direkt vorgelegt -

Betr.: Stellungnahme zur Finanzierung Fregatten Türkei;
hier: ergänzende Informationen

1. Meine beigefügte Vorlage vom 18. Dezember 1997 hatten Sie bereits zur Kenntnis genommen; Ihrer mündlichen Weisung entsprechend habe ich nochmals eine vertrauliche Nachfrage im BMVg mit folgendem Ergebnis durchgeführt:

Das erst jüngst an das Bundeskanzleramt gefaxte Schreiben der „Thyssen-Rheinstahl-Technik GmbH und Blohm & Voss GmbH" (Werftenkonsortium) vom 3. Dezember 1996 ist seinerzeit auch im BMVg eingegangen. Sts Simon hat darauf mit Schreiben vom 7. Januar 1997 geantwortet und eine finanzielle Verpflichtung des BMVg für die gemäß Werftenkonsortium streitigen 50 Mio DM in Abrede gestellt. In diesem Antwortschreiben hat Sts Simon sowohl auf ein früheres Schreiben von Sts Schönbohm vom 23. April 1993 an das Werftenkonsortium als auch auf die Vereinbarung mit Sts Prof. Timmermann vom 17. Oktober 1988 hingewiesen. Daraus gehe gemäß BMVg hervor, daß das Werftenkonsortium das Risiko für den (mittlerweile) geplatzten US-R und D-Waiver von 50 Mio DM zu tragen habe.

Sts Simon hat in seinem Antwortschreiben vom 7. Januar 1997 zugleich ein Gespräch angeboten, worauf das Werftenkonsortium am 16. Juni 1997 positiv reagiert hat. In dem Gespräch hat Sts Simon nochmals deutlich gemacht, daß das Werftenkonsortium für die streitigen 50 Mio DM geradestehen müsse, da seinerzeit von den Firmen das Risiko übernommen worden sei. Für das BMVg ist damit die Sache nach meinem Eindruck rechtlich und auch finanziell erledigt.

...

2/1/98

Die Hereingabe der Papiere in unser Haus verstehe ich als einen letzten Versuch des Werftenkonsortiums, doch noch die Bundesregierung zur Übernahme der 50 Mio DM zu bewegen. Im Lichte unseres Kenntnisstandes empfehle ich, diesem Bestreben nicht Rechnung zu tragen.

Sude

GL 03 Bonn, den 1. September 1997

Vermerk für Herrn ChefBK

Am Freitag hat mich Frau Baumeister aus Cadenabbia angerufen und nochmals eindringlich darum gebeten, daß Sie den Brief von Sheikh Mohammed bin Zayed Al Nahayan in Empfang nehmen.

Frau Baumeister hat in diesem Gespräch angedeutet, daß Prinz Mohammed bin Zayed Al Nahayan möglicherweise seine Reise nicht antreten wird, wenn er keinen Termin im Bundeskanzleramt bekommt.

Baumann

GL 03
Was meint AL 2?
BK 1.9.

01. Sep. 1997

Herrn GL 03
Wiedervorlage 1/9

GL 22

Bonn, den 25. März 1997

Herrn Hammes

unter Verschluß !

Betr.: Kurze Stellungnahme zu den drei beigefügten Rüstungsexport-Vorgängen

1. U-Boot-Kauf durch Indonesien

Der BSR hat bereits im Umlaufverfahren dem Kauf von „bis zu fünf gebrauchten U-Booten der Bundesmarine" durch Indonesien zugestimmt. Die Schiffe sollen auf deutschen Werften grundüberholt werden.

Bezüglich der finanziellen Abdeckung durch HERMES gibt es eine Vorlage an den Herrn Bundeskanzler, die noch nicht zurück ist (im Gespräch AL 2 mit Sts Schomerus wurde „wohlwollende Unterstützung" abgesprochen).

2. Export von Polizeifahrzeugen nach Südkorea (Typ TM 170 von Thyssen-Henschel, Kassel)

AA teilt mir dazu mit, daß die Klagen der Industrie bezüglich der zeitlichen Verzögerung nicht gerechtfertigt sind; wegen der anhaltenden Streiks vor Wochen in Südkorea habe Sts von Ploetz keine Entscheidung treffen wollen. AA sei generell nicht ablehnend eingestellt, Sts von Ploetz habe aber noch ergänzende Fragen gestellt, z.B. „wie sicher sind die Folgeaufträge für unsere Industrie". Thema liegt im AA auf Wiedervorlage, man geht davon aus, daß Sts von Ploetz unmittelbar nach Ostern eine endgültige Entscheidung treffen werde.

3. U-Boote und LEOPARD 1 nach Chile

(Ausgangslage: Chile favorisiert das F/SP-Angebot für neue U-Boote gegenüber dem D-Angebot; Chile will aus D aber unbedingt gebrauchte LEOPARD 1 von Krauss-Maffei-Tochterfirma).

Aufgrund des ermittelten Sachstandes „schwillt mir hier eigentlich der Kamm".

AA (AL Ueberschaer) teilt mir mit, daß Herr Haun von der Firma Ferrostal vorgesprochen habe. Im Ergebnis habe man vereinbart, daß er (Haun) auf Chile einwirken wolle, damit diese beide Projekte (U-Boot-Kauf in D und Zustimmung zum LEOPARD 1-Kauf) im Verbund getätigt werden können. AA will das Thema politisch gegenüber Chile weiter forcieren.

BMVg (Büro Sts Simon) teilt mir mit, daß Herr Ratjens von HDW sich gegen eine Verbindung der beiden Projekte ausgesprochen habe („man könnte den U-Boot-Verkauf auch so hinbekommen"); demzufolge hat Sts Simon zunächst das Thema gegenüber zwei chilenischen Staatssekretären nicht weiter verfolgt.

Fazit: Gegen dieses anscheinend widersprüchliche Industrie-Votum läßt sich politisch kaum erreichen, daß Chile beide Projekte zugunsten D's in Verbindung bringt.

Brigitte Baumeister
Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
der CDU/CSU-Fraktion

53113 Bonn
Bundeshaus
Tel. 02 28/1 68 75 54
Fax 02 28/1 68 65 54

71032 Böblingen
Reiherweg 38
Tel. 0 70 31/28 91 48
Fax 0 70 31/28 95 64

An den
Chef des Bundeskanzleramtes
Herrn Bundesminister Friedrich Bohl MdB
Bundeskanzleramt
Adenauerallee 141

53113 Bonn

27. Okt. 94 GL02

Bonn, den 27. Oktober 1994

Sehr geehrter Herr Minister, lieber Fritz,

bezüglich des Privatisierungs-Konsortiums bei der Telekom möchte ich Ihnen das britische Unternehmen Kleinwort Benson empfehlen.
Das Unternehmen ist als seriös bekannt und verfügt bei Privatisierungen großer staatlicher Firmen - wie z.B. Britisch Telekom, Britisch Gas sowie der gesamten britischen Elektrizitätsindustrie - über eine große Erfahrung.

Ich bitte Sie, die Firma Kleinwort Benson im Rahmen des Möglichen angemessen zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen
Deine

Brigitte Baumeister MdB

CHRL A/12/94

MORITZ HUNZINGER
Geschäftsführender Gesellschafter
HUNZINGER HOLDING GMBH
Sömmerringstraße 8 · 60322 Frankfurt am Main
Telefon (069) 152003-0 · Telefax (069) 152003-33

Herrn
Bundesminister
Friedrich Bohl MdB
Bundesminister für besondere Aufgaben
und Chef des Bundeskanzleramtes
Bundeskanzleramt

53106 Bonn

Frankfurt am Main, 25. Oktober 1994

Sehr verehrter Herr Bundesminister, lieber Herr Bohl,

wir sprachen, vermittelt von unserem gemeinsamen Freund Michael Jung MdB, bei Ihrem letzten Besuch in seinem Wahlkreis kürzlich über meine Interessen bei der Telekom-Privatisierung. Dabei lernten Sie auch den Chef des Hauses Kleinwort Benson, Herrn Borggreve, kennen.

Aus dem Finanzmarkt in Frankfurt höre ich, daß es starke Tendenzen bei der Telekom, insbesondere bei den Vorständen Dr. Kröske und Herrn Ricke gibt, die Entscheidungsfindung in Sachen Privatisierungs-Konsortium an sich zu ziehen. Insbesondere scheinen bekannte Verbindungen zwischen Goldman, Sachs und Warburg zur Telekom ausschlaggebend zu sein.

Anliegend noch ein Beitrag über Warburgs, der am Wochenende in englischen Zeitungen erschienen ist.

Ich rate: Lassen Sie sich das Heft nicht aus der Hand nehmen.

Mit besten Grüßen
Ihr

A/12/94
CH Bk (2151